

ERGÄNZUNGSANTRAG Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 20.05.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	24. Plenarsitzung Gemeinderat 24.05.2011 740 3 öffentlich
Zukunftskonferenz Wohnungsmarkt Karlsruhe - Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen		

1. Die Stadt Karlsruhe tritt an die Landesregierung heran, umgehend ein Landeswohnungsbauprogramm für erschwingliche Mietwohnungen in städtischen Ballungsräumen neu aufzulegen. Dieses Landeswohnungsbauprogramm muss finanziell so ausgestattet sein, dass preiswerter und mietpreisgebundener Wohnraum entsprechend der Nachfrage neu geschaffen werden kann.
2. Der Gemeinderat empfiehlt der Volkswohnung, entsprechend ihrem Gesellschaftszweck (Schaffung bezahlbaren Wohnraums für breite Schichten) den Anteil preisgebundener Mietwohnungen innerhalb ihres Bestands zu erhalten bzw. zu erhöhen.
3. Die Stadt tritt an Träger noch mietpreisgebundener Mietwohnungsbestände heran mit dem Ziel, dass diese auslaufende Mietpreisbindungen freiwillig weiterführen.
4. In den Empfehlungen zum Handlungsfeld „Preiswerter Wohnraum“ wird die Empfehlung „und eine generelle Deregulierung des Mietrechts, um so Vermietungen wieder attraktiver zu machen“ vom Gemeinderat nicht übernommen, d. h. gestrichen.¹

Sachverhalt/Begründung:

In der Analyse des Handlungsfelds Preiswerter Wohnraum wird zweierlei deutlich. Erstens ist die Situation im Segment erschwinglicher Mietwohnungsraum in Karlsruhe schon jetzt besorgniserregend. Allein bei der Volkswohnung stehen etwa 5.000 Bürger/-innen mit Wohnberechtigungsschein auf der Warteliste, d. h. für diese Bürger/-innen fehlt erschwinglicher Wohnraum in Karlsruhe bzw. müsste neu geschaffen werden. Demgegenüber ist der Gesamtbestand an mietpreisgebundenem Wohnraum in den letzten 10 Jahren um 45 Prozent zurückgegangen. Der aktuelle Bestand

¹ Vorlage 722/TOP 3, Seite 7 (Kasten) 3. Zeile f.

- 5.600 (befristet) mietpreisgebundene Wohnungen - wird sich ohne Gegenmaßnahmen bis 2020 noch einmal halbieren, sodass im Jahr 2020 nur noch 2 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes in Karlsruhe mietpreisgebunden sein wird.

Die Kommunen allein können diese Nachfrage nicht stemmen. Das Land muss wieder nachhaltig in die Förderung von erschwinglichem und in der Qualität akzeptablem Wohnraum einsteigen.

Ein Gesellschaftszweck der Volkswohnung ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für breite Schichten in Karlsruhe. Angesichts der bestehenden Situation sollte die Volkswohnung alle Anstrengungen unternehmen, in ihrem Bestand den Anteil der mietpreisgebundenen Mietwohnungen zu erhalten und zu erhöhen - z. B. indem sie sich selbst verpflichtet, auslaufende Mietpreisbindungen eigener Mietwohnungen zu verlängern.

Die Option „generelle Deregulierung des Mietrechts, um so Vermietungen wieder attraktiver zu machen“ soll vom Gemeinderat nicht weiterverfolgt werden. Diese Option verhindert nicht Mietsteigerungen, sondern erhöht nur den Druck auf Mieter/-innen, minderwertigen Mietwohnraum und schikanöse Mietverhältnisse zu akzeptieren.

Nicht vergessen werden darf die harte Einschränkung von Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe, wenn ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Einkommens allein durch die Miete verschlungen wird. Zusammen mit sinkenden Reallöhnen und der Zunahme prekärer und unsicherer Beschäftigung schafft das Fehlen erschwinglicher Mietwohnungen neue relative Armut bis in Schichten mittlerer Einkommen hinein - dies zu verhindern ist allein eine Frage politischen Willens.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

23. Mai 2011